



ÖBAG-Chefin Edith Hlawati geht in Pension. Foto: APA/Techt

Spannung um neue ÖBAG-Spitze

WIEN Bei der anstehenden Bestellung einer neuen Alleinvorständin oder eines neuen Alleinvorstands der Staatsholding ÖBAG wird es spannend. Die Bewerbungsfrist endet heute Montag. Gesucht wird per 1. Februar ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin für Edith Hlawati, die in Pension geht. Ende September oder Anfang Oktober soll dann eine Entscheidung über die Besetzung des wichtigen Postens fallen. Die ÖBAG verwaltet die staatlichen Anteile an für Österreich bedeutenden Unternehmen wie der OMV, Post, Telekom Austria oder auch Casinos und BIG. Verwaltet werden ebenso die Anteile des Versorgers Verbund. (APA)

MÄRKTE IM BLICK

700.000 Dollar pro Minute

Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Unglaubliche 700.000 USD pro Minute haben die weltweit acht führenden Ölkonzerne in den Monaten Mai und Juni dieses Jahres verdient. Der Krieg gegen den Iran und die daraus resultierende Sperre der Straße von Hormuz haben die Ölmärkte gewaltig in Unruhe versetzt – wer jedoch groß genug war und in seinen Handelsabteilungen die richtigen Abnehmer für die verfügbare Ware finden konnte, verbuchte ein sattes Plus am Konto.

Nicht ganz so lukrativ, aber immer noch beachtlich ist die heimische OMV unterwegs. Mir sind Zahlen für den Gewinn in dieser Periode nicht bekannt – aber ein Blick auf die Chart zeigt, dass die Aktie seit Jahresbeginn um beachtliche 36% zugelegt hat. Damit ist auch der Wert im Portfolio der Republik (ÖBAG) anständig gewachsen.

Bleibt abzuwarten, ob die weiter anziehenden Ölpreise die Inflation weiter treiben – und damit auch die Zinsen. Die nächste Runde von EZB und FED steht im September bevor.



Christian J. Winder
christian.winder@tt.com

Kredite: „Klagswelle ab Herbst“

INNSBRUCK Tiroler Anwalt kündigt rund um unzulässige Kreditgebühren eine Klagswelle gegen Banken an. Die Causa greift nun auch auf Unternehmenskredite über – mit deutlich höheren Summen.

Von Max Strozzi

Nach mehreren Urteilen und außergerichtlichen Vergleichen müssen die betroffenen Banken unzulässig eingehobene Kreditbearbeitungsgebühren an die Kunden zurückzahlen. Die Arbeiterkammer (AK) hat in den vergangenen Jahren Urteile gegen drei Banken erwirkt (Santander, Bawag PSK, WSK) und zuletzt einen außergerichtlichen Vergleich mit Erste Bank und mehreren Sparkassen getroffen. Es geht bei jedem Einzelfall um viel Geld, bis hin zu niedrigen fünfstelligen Eurobeträgen.

Abseits der Urteile und Vergleiche der AK kämpfen Kreditkunden auch auf eigene Faust, und zwar mit Rechtsschutzversicherung, um Rückzahlung der unzulässigen Kreditgebühren. „Wir haben Fälle, bei denen es um Gebühren von rund 20.000 Euro geht“, schildert etwa der Tiroler Rechtsanwalt Martin Moser. Banken würden sich allerdings trotz der höchstgerichtlichen Urteile oft unkooperativ zeigen. „Unsere bisherigen Versuche, Banken ohne Klage zu Lösungen für unsere geschädigten Klienten aus ganz Österreich zu bewegen, sind bis dato nicht sehr erfolgreich gewesen“, sagt Moser.

„Werden Druck erzeugen“

Der Anwalt will die Gangart deshalb verschärfen und den Druck erhöhen, denn so manche Bank würde sich in „Vogel-Strauß-Manier“ wegducken. „Es wird daher notwendig sein, ab Herbst in einer Klagswelle für alle vertretenen Österreicherinnen und Österreicher den offenbar nötigen Druck zu erzeugen“, kündigt Moser an.

Er zieht einen Vergleich mit den „Abgasklagen“ gegen zahlreiche Autohersteller. Auch in diesem Fall hätten die Autohersteller erst nach massiver Erhöhung der Einzelklagen zu Schadenersatzzahlungen an die Kunden bewegt werden können.



Im Zuge des Kreditvertrags verrechnen Banken auch allerlei Gebühren – manche wurden vom Höchstgericht als unzulässig gekippt. Foto: iStock

Die Rechtswidrigkeit von Kreditbearbeitungsgebühren und dergleichen sei nicht nur durch die bisher vorliegenden höchstgerichtlichen Urteile in Österreich belegt, sondern auch durch Urteile in anderen EU-Mitgliedstaaten sowie des Europäischen Gerichtshofes, betont Moser. „Für Kreditkunden geht es dabei oftmals um mehr als 20.000 Euro zuzüglich Zinsen für bis zu 30 Jahre“, schildert er.

Das Thema könnte sich für die Banken aber noch deutlich verschärfen. Denn unzulässige Kreditbearbeitungsgebühren betreffen laut Moser nicht nur Verbraucherkredite, also Kredite für Privatpersonen, sondern auch Unternehmenskredite.

„Es wird notwendig sein, ab Herbst in einer Klagswelle den offenbar nötigen Druck zu erzeugen.“

Martin Moser
Rechtsanwalt

dite. „Das ist ein heißes Thema, das noch nicht ausjudiziert ist“, schildert Moser. „Unsere Kanzlei wird daher Klagen gegen Banken wegen der Kreditgebühren bei Unternehmerkrediten einreichen.“

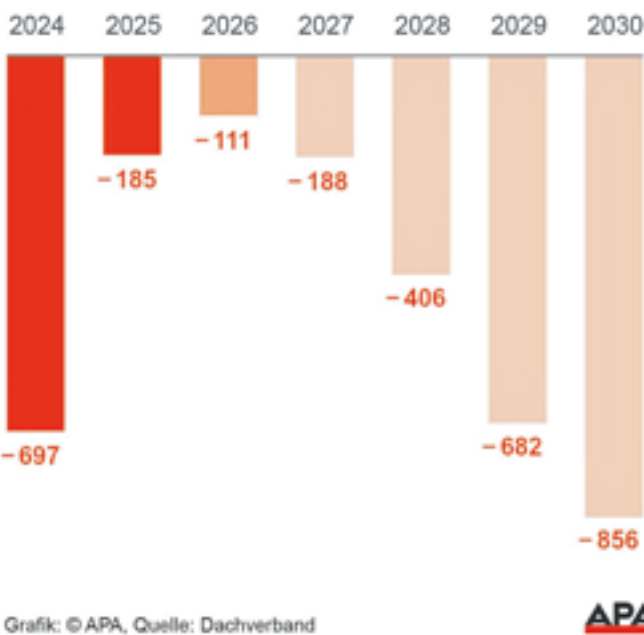
Unternehmenskredite im Visier

Und hier geht es um sehr viel mehr Geld. Weil bei Unternehmenskrediten oft rasch Millionensummen im Spiel sind, können auch die unzulässig eingehobenen Bearbeitungsgebühren und damit die möglichen Rückzahlungssummen entsprechend hoch sein. „Aus unserer Sicht besteht kein Grund, bei Unternehmenskrediten unangemessen hohe und intransparente Gebühren zu

erlauben. Schließlich sind sämtliche der rechtswidrigen Gebühren bereits über die Zinsen und hier die Zinsaufschläge der Banken abgedeckt“, so der Jurist. „Und Unternehmer haben diesbezüglich keine Unterstützung durch Interessenvertretungen wie die Arbeiterkammer. Bekanntlich werden die Banken ebenfalls durch die Wirtschaftskammer als Interessenvertretung der meisten Unternehmer vertreten, sodass hier eine bedenkliche Interessenkollision besteht.“ Allerdings sei inzwischen das Gespräch mit der Wirtschaftskammerpräsidentin initiiert worden. Moser: „Das letzte Wort ist daher noch nicht gesprochen.“

Defizit der Krankenkassen

Ergebnis der Krankenversicherungsträger in Mio. Euro, 2026 vorläufig, ab 2027 Prognose



Krankenkassen halbierten Verluste

WIEN Österreichs Krankenversicherungsträger haben ihren Abgang im Jahr 2026 gegenüber der letzten Prognose vor drei Monaten fast um die Hälfte reduzieren können. Statt minus 204,8 Mio. Euro wird in der nunmehrigen vorläufigen Erfolgsrechnung nur noch ein Defizit von 111,2 Mio. Euro erwartet.

Der Blick auf die drei Krankenversicherungsträger weist der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) heuer ein Minus von 151,5 Mio. Euro aus. Bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB) wird nun ein Verlust von 65,1 Mio. Euro erwartet. Dafür erwartet die Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen (SVS), die als einzige Kasse positiv bilanziert, einen etwas geringeren Gewinn von 105,4 statt 115,6 Mio. Euro für 2026.

„Schwarze Null“ als Ziel

Die Prognose für die kommenden Jahre zeigt weiter nach unten, hat sich aber ebenfalls verbessert. Von 2027 bis 2030 soll für die drei Träger zusammen das Minus von 188,2 Mio. auf 855,8 Mio. Euro anwachsen.

Dachverband-Chef Peter McDonald hält weiter an einer „schwarzen Null“ als Ziel fest. „Wir haben hart daran gearbeitet, vom Milliardendefizit in Richtung Turnaround zu kommen“, sagte er zur APA. Es sei gelungen, die vor eineinhalb Jahren für 2026 befürchteten Verluste – damals wurde

ein Abgang von über einer Milliarde Euro prognostiziert – um neun Zehntel senken zu können.

Dass die Zahlen besser werden, hat für McDonald nicht mit Prognoseirrtümern in der Vergangenheit zu tun, sondern mit gesetzten Maßnahmen im Kassenbereich, etwa Gehaltsabschlüssen unter der Inflation, der Streichung von 300 Dienstposten in der ÖGK oder der Reduktion von Verwaltungsflächen. Man sei aber auch bei Leistungen strenger geworden, etwa bei Krankentransporten und eingeführten Selbstbehalten. Auch der um 0,9 Prozentpunkte erhöhte Krankenversicherungsbeitrag für Pensionisten habe sich ausgewirkt. (APA)